

Erstsemesterinformationen der BG fIMP

Inhaltsverzeichnis

1	BG fIMP: Basisgruppe für Informatik, Mathematik und Physik	2
2	Die studentische Selbstverwaltung (SV)	2
3	Unpolitische Hochschulpolitik?!	3
4	Studiengebühren	4
4.1	Proteste gegen Studiengebühren in Göttingen	5
5	Das Bachelor-Studium	5
6	Elitedenken und marktorientierte Wissenschaftsverwaltung	7
7	Warum wir einen politischen AStA brauchen	9
8	Burschenschaften	11
9	Chipkarten	12
10	Datenleck an der Uni Göttingen	14
11	Politische Hochschulgruppen an der Uni Göttingen	15
11.1	Basisdemokratisches Bündnis (BB)	15
11.2	Schwarz-Rot Kollabs (srk)	16
11.3	Grüne Hochschulgruppe (GHG)	16
11.4	Juso Hochschulgruppe Göttingen (JuSo HSG)	17
11.5	Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF)	17
11.6	Ring Christlich demokratischer Studenten (RCDS)	17
12	Kultur	18
13	Freiraum-Cafe «Autonomicum»	19
14	Termine	20
14.1	Interessante Seminare im Wintersemester 08/09	20

BG fIMP - Basisgruppe für Informatik, Mathematik und Physik

homepage: <http://bgfimp.blogspot.de/> emailadresse: bg-fimp-at-gmx.net

1 BG fIMP: Basisgruppe für Informatik, Mathematik und Physik

Die Basisgruppe fIMP hat sich als Zusammenschluß politisch interessierter Studierender gegründet. Wir bestehen seit dem Wintersemester 07/08 und wollen wieder linke Politik in den Unialltag einbringen. Dabei sind wir offen für alle, die mitmachen wollen, unabhängig davon, ob sie an der mathematischen und physikalischen Fakultät studieren.

In den letzten Semester beteiligten wir uns aktiv an den erfolgreichen Protesten für neue selbstverwaltete Freiräume an der Uni und dem Aufbau

eines selbstverwalteten Freiraumcafes im blauen Turm (MZG) am Zentralcampus.

Wir treffen uns jeden Montag um 20 Uhr in der Mathecafete. Derzeit beschäftigen wir uns insbesondere mit den studentischen RFID-Chipkarten (siehe Kapitel 9). Falls Ihr Euch weiter über die politischen Geschehnisse an der Uni informieren wollt, schaut auf unsere homepage: <http://bgfimp.blogspot.de/>. Dort berichten wir regelmäßig über Aktuelles.

Wir freuen uns auf Euch, Eure BG fIMP.

2 Die studentische Selbstverwaltung (SV)

«Die Hochschule ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit dem Recht der Selbstverwaltung.»¹ Diese gliedert sich in studentische und akademische Selbstverwaltung. «Die Studierenden [...] bilden die Studierendenschaft»². Die Studierendenschaft hat das Recht sich gemäß ihrer Organisationssatzung zu organisieren. Im folgenden wollen wir die Form der studentischen Verwaltung an unserer Uni beschreiben und kritisch bewerten.

Real wird der Anspruch der universitären Selbstverwaltung nicht erfüllt. Diese hieße, daß alle Verwalteten (Lehrende, Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter, Bedienstete usw.) in demokratischer Entscheidungsfindung den Rahmen ihrer Verwaltung selbst bestimmen, d.h. z.B. die Formen und Inhalte von Lehre und Forschung, welchen wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnissen sie sich aussetzen etc.

Der Gesetzestext lautet: «Die Studierendenschaft ist eine rechtsfähige Teilkörperschaft der Hochschule mit dem Recht der Selbstverwaltung. Sie hat insbesondere die hochschulpolitischen, sozialen und kulturellen Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen. Sie hat die Aufgabe, die politische Bildung der Studierenden und die Verwirklichung der Aufgaben der Hochschule zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie für ihre Mitglieder ein politisches Mandat wahr.»³

Die studentische Selbstverwaltung ist nicht demokratisch konzipiert, sondern als Zerrbild des repräsentativen Parlamentarismus der BRD. Auch an der Funktion gemessen hat sie keine unmittelbare Bedeutung. Ihre Politik beschränkt sich weitgehend darauf, in Gremien, in denen eine Mehrheit der Vertreter der Professoren gesetzlich vorgeschrieben ist, für die Interessen der Studierenden einzutreten, oder exakter ausgedrückt: durch ihre Anwesenheit den Eindruck der fairen Beteiligung zu erwecken.

Die Organe der Studierendenschaft sind zum einen das Studierendenparlament (StuPa), das in direkter Wahl von den Studierenden bestimmt wird. Aufgabe des StuPas ist es, den AStA (Allgemeiner Studierendenausschuß) zu ernennen und zu kontrollieren, indem es unter anderem den Haushaltsplan des AStAs genehmigt oder verwahrt.

«Der AStA ist das vollziehende und mit der Führung der laufenden Geschäfte beauftragte Organ der Studierendenschaft.» Der AStA ist hierarchisch konzipiert, der AStA-Vorsitzende leitet die Geschäfte und vertritt die Studierendenschaft. Ebenfalls werden sogenannte Referenten (wie die Minister der BRD) für wichtige Aufgabenfelder wie Finanzen, Hochschulpolitik, Soziales und Außenarbeit bestimmt. Sie müssen ihre Arbeit vor dem StuPa verantworten.

Wie die Bundesrepublik in Bundesländer, ist

¹niedersächsisches Hochschulgesetz (nhg), §15

²nhg §20

³ebd.

die Studierendenschaft in Fachschaften, die aus den an einer Fakultät eingeschriebenen Studenten bestehen, unterteilt. Diese Fachschaften werden wiederum durch ein von den Studierenden gewähltes Fachschafftsparlament (FSP) vertreten. Die Fachschaft verfügt über einen eigenen Haushalt, der von dem Fachschafftsrat (FSR) aufgestellt und vom FSP genehmigt werden muß. Der FSR ist das Analogon des AStAs auf Fachschafftssebene, er führt die laufenden Geschäfte. Vorsitzende(r) des FSR ist die (oder der) Fachschaffts-sprecherin (Fachschaffts-sprecher).

Werden an einer Fakultät mehrere Studi-enfächer angeboten, so kann es auf Beschluß des FSP zur Bildung von sogenannten Fachgrup-pen kommen. Mitglieder einer bestimmten Fach-gruppe ist dann wiederum jeder Studierende des betreffenden Studienganges. Die Vertretung der Fachgruppe bildet die (der) von der Fachgruppe gewählte Fachgruppen-sprecherin (Fachgruppen-sprecher) (FGS). Die bzw. der FGS verfügt über einen eigenen Haushalt.

So gibt es an der mathematischen Fakultät derzeit zwei Fachgruppen - eine, die den Studien-gang Informatik umfaßt, und eine für den Stu-diengang Mathematik.

«Die Fachschafftsräteversammlung (FSRV) ist das Koordinationsgremium der Fachschafftsräte», also das Gegenstück zum deutschen Bundesrat, auch wenn ihre Kompetenzen seit der Reform der Organisations-satzung der Studierendenschaft 2004 stark eingeschränkt ist.

Einmal im Jahr, nämlich Ende Januar, werden die studentischen Vertreter gewählt. Die Wahlbe-nachrichtigung verschickt die Uni vorraussichtlich gegen Ende des Jahres. Bei diesen Wahlen wählt ihr, neben dem Fachgruppen-sprecher, dem FSP und dem StuPa, zwei studentische VertreterInnen für den Senat, das oberste gewählte Organ der akademischen Selbstverwaltung.

Der Senat entscheidet gemeinsam mit dem Stiftungs-rat der Uni Göttingen über die Beset-zung des Präsidiums und bewilligt den Entwick-lungsplan der Universität.

3 Unpolitische Hochschulpolitik?! – Ein kritischer Kommen-tar zum aktuellen AStA

Seit Mitte der neunziger Jahre begannen sich in der studentischen SV der deutschen Univer-sitäten selbsternannte «unpolitische» Hochschul-gruppen durchzusetzen.

An der Uni Göttingen wird der AStA schon seit sechs Jahren von einer StuPa-Liste na-mens ADF (Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschafftsmitglieder - Einheitspartei der rechten Wirtschaftswissenschafts-(Wiwi-), Jura- und Medizinfachschafften) dominiert; JuSos (Jung-sozialisten - SPD-nahe Hochschulgruppe) und RCDS (Ring christlich-demokratischer Studen-ten, CDU-Ableger) wechseln sich als Mehrheits-beschaffer für sie ab.

Die Parole der ADF, die ihr Wahlerfolge (der-zeit hält sie 21 von 47 StuPa-Sitzen) verschaf-fen, lautet: «Wir sind unpolitisch!». «Unpoli-tisch» hört sich zunächst gut an, es klingt nach pluralistischer Zusammenarbeit linker, liberaler, rechter oder politisch uninteressierter Studenten, bei der die Differenzen zugunsten ernsthafter Fachschafftsarbeit hintenanstehen.

So schafft sich die ADF ein Image als reine «Service»-liste, die für die Studenten Lobbyarbeit

in den universitären Gremien und in Kooperati-on mit der Unileitung leistet. Bald fällt jedoch auf, daß allein schon der Begriff «unpolitischer (Uni-)Politik» widersprüchlich und unsinnig ist. Tatsächlich lohnt es sich, zu betrachten, welche Qualität die Serviceleistungen der ADF wirklich haben und wer eigentlich von ihrer (Un-)Politik profitiert.

Der Service-AStA mußte in den letzten Jah-ren schon mehrere Male den Studierendenbeitrag erhöhen, um seine Haushaltsplanung zu finanzieren, zuletzt im Sommersemester 2008. Jeder Stu-dent der Georg-August-Universität zahlt jetzt 10 Euro pro Semester an den AStA. An anderen Uni-versitäten hingegen sind Beträge von ca. 4 Eu-ro üblich. Konsequenterweise gab die ADF die-ses Jahr das Amt des Finanzreferenten an den 17-jährigen RCDSler Karl Felix Oppermann ab.

Weiterhin setzte die ADF letztes Semester den Bau eines Partykellers im Verfügungsgebäude am Zentralcampus durch - für 359.000 Euro. Einge-plant sind Mahagonitheke, begehbare Kühlraum für Bier und Bundesligakickertische. Die Einrich-tung dieses elitären Luxusraumes bedeutet für die

Studierendenschaft eine finanzielle Belastung auf Jahre.

Für die Benutzung des Raumes stellt die ADF eine Miete von bis zu 800 Euro pro Monat in Aussicht, die sich wohl kaum eine hochschulpolitische Gruppe (abgesehen von der ADF) leisten können. Daß diese Kosten dann natürlich auch hohe Eintritts- und Bierpreise (eine Cocktailbar ist nicht eingeplant) implizieren, steht außer Frage. Aus diesem Grund ist zu befürchten, daß der Raum die meiste Zeit des Semesters leerstehen wird. Zum einen gibt es in der Stadt schon ausreichend Orte für Studentenparties, die zwar weniger luxuriös ausgestattet sind, aber zum Großteil keine Mietkosten verursachen.

Deshalb haben die BG FIMP und weitere Fachschaftslisten, bzw. Fachschaften in einem Brief an den AStA ihren Protest kundgetan. Eine geplante Urabstimmung wurde vom AStA verboten mit der Begründung, daß der Bau schon in den Haushalt dieses Jahres fest eingeplant sei.

Auch in hochschulpolitischer Hinsicht tut der AStA nicht viel und scheut sich, notwendige Kon-

flikte mit dem Unipräsidium und der Landesregierung einzugehen. Stattdessen freut sich die ADF auf ihrer Homepage, «dass das seitens der ADF seit Jahren propagierte Konzept einer sachorientierten und unabhängigen Studierendenvertretung ohne allgemeinpolitische Eskapaden sich Ansehen und Respekt erarbeitet» hat.

Welche Vorteile es der Studierendenschaft bringt, daß das Ansehen der ADF-Kader bei der Unileitung und im Bildungsministerium wächst, bleibt jedoch in Dunkeln. Weder Studiengebühren, noch die Abschaffung des Magister-/Diplomsystems, noch die Kürzungsschikanen durch die sogenannten Hochschuloptimierungsgesetze der niedersächsischen Landesregierung sind Göttingen aufgrund des imaginären Einflusses des AStAs erspart geblieben.

Wir raten deshalb: wählt politische Unilisten, die auch willens und fähig sind, sich für Eure Interessen und Rechte einzusetzen! Im Schlußteil des Readers stellen wir einige der an der Uni aktiven, linken Hochschulgruppen vor.

4 Studiengebühren

In den letzten neun Jahren hat sich die BRD einer radikalen neoliberalen Re-Formierung unterzogen, deren Auswirkung in fast allen sozialen Bereichen zu spüren ist: Privatisierung öffentlichen Eigentums (wie der durch viele Generationen deutscher Staatsbürger aufgebaute und durch deren Steuergelder finanzierte kommunalen Energieversorgung, der Post, der Telekom, der Deutschen Bank usw.), die finanzielle und soziale Ausgrenzung von Arbeitslosen, die Verarmung von großen Teilen der Bevölkerung durch die Subventionierung von Niedriglohnarbeiten, etc.

Von diesen Prozessen ist auch die Hochschule betroffen, die Einführung von Studiengebühren und die Durchsetzung eines neuen Typus von Hochschulstudium, dem an Fachhochschulstandards orientierten Bachelorstudium, lassen sich nicht isoliert betrachten.

Studiengebühren sind als Beteiligung der Studenten an den Kosten der Universitäten sinnlos, selbst in amerikanischen Elitehochschulen, deren Studenten zehntausende Dollar im Jahr zahlen müssen, decken sie kein Zehntel des Budgets ab. Vielmehr sind sie als symbolischer Beitrag von der

Politik konzipiert. Dahinter steckt die Ideologie der Dienstleistungsuniversität, für deren Service die Studenten zur Kasse gebeten werden sollen.

Bildung gilt nicht mehr als gemeinschaftliches, demokratisches Recht, sondern wird als eine persönliche Investition in die Karriere gesehen.

Da der Beitrag ersichtlicherweise nicht zur Deckung der Kosten der Hochschule ausreichen kann, sondern allenfalls ein akzeptables Zubrot für die Universitäten ist, schafft er auch nicht die von den Unterstützern der Gebühren geforderte Verteilungsgerechtigkeit, die Hochschulen werden ja weiterhin vom Staat und damit durch die Steuern der Nichtakademiker bezahlt. Vielmehr wurde die Verteilungsgerechtigkeit durch die Gebühren jetzt gänzlich abgeschafft: die ärmeren Klassen, die per Steuern die Hochschulen mitfinanzieren, müssen nocheinmal dafür bezahlen, wenn sie ihre Kinder auf eine staatliche Hochschule schicken wollen, und werden deswegen gegenüber den reicheren Klassen, für die die spontane Aufwendung von 1000 Euro pro Jahr kein großes Problem darstellt, unverhältnismäßig benachteiligt.

Die Abschreckung vor einem Hochschulstudi-

um und damit die Verschärfung der sozialen Selektion ist der symbolische Gehalt der Beiträge. Bei einem studentischem Einkommen von 770 Euro pro Monat⁴ betragen die Studiengebühren mehr als ein Zehntel des Jahreseinkommen, was für die Masse der Studenten eine nicht unerhebliche Einschränkung des Lebensstils bedeutet.

4.1 Proteste gegen Studiengebühren in Göttingen

In Niedersachsen wurden Studiengebühren 2005 von der Landesregierung unter Christian Wulff (CDU) beschlossen. Für ihre Einführung hatte jedoch schon der vormalige niedersächsische Bildungsminister Thomas Oppermann (SPD) 2002 plädiert, obwohl dessen Partei im Wahlkampf zuvor sogar in Aussicht gestellt hatte ein gesetzliches Verbot von Studiengebühren in der Landesverfassung zu verankern.

Während die an vielen deutschen Universitäten wie Hamburg, Bremen, Marburg oder Frankfurt von starken Protesten begleitet worden sind, flaute der Protest in Göttingen schon bald ab.

2003 fanden mehrere Antistudiengebührendemos auch unter Beteiligung des Göttinger ADF-AStAs statt, dieser bestand jedoch auf seiner Linie und verurteilte jeden allgemeinpolitischen Bezug, wie die solidarische Beteiligung von Gewerkschaftsvertretern und distanzierte sich von der angeblich radikalen Linken, die die Demo nutzen würde, um politische Sachverhalte anzusprechen.

Das unpolitische Engagement der ADF ging so weit, daß sie dem Unipräsidenten ermöglichten

ein Plädoyer für Studienbeiträge zu halten. Nachdem auch noch der damalige Göttinger Bürgermeister Danielowski (CDU) Wahlwerbung für seine Partei machen durfte, verliessen viele Studenten entnervt die Demonstration.

2003 empfahl der damalige AStA-Vorsitzende Daniel Flore der Unileitung die polizeiliche Räumung des als Protestaktion besetzten Oeconomicums (sozialwissenschaftliche Fakultät), anstatt sich mit den Studenten zu solidarisieren oder zu vermitteln, und erklärte hinterher, daß die angebliche Eskalation des Konfliktes die Proteste gespalten hätte.

Zur gleichen Zeit wurden der traditionell linken Fachschaftsrateversammlung (FSRV), die sich weiterhin dem Kampf gegen die Studiengebühren widmete, die Gelder und Kompetenzen entzogen.

Doch auch trotz der sehr ernüchternden Bilanz der bisherigen Proteste ist es notwendig, weiterzumachen. In Hessen und im Nachbarland Österreich sind in diesem Jahr die Studiengebühren abgeschafft worden. Dies ist auch den Studierendenprotesten zu verdanken, ohne deren öffentlichen Druck, die Abschaffung von Studiengebühren sicherlich unbemerkt und heimlich wieder von den Agenden der SPD und der Grünen wieder verschwunden wäre.

Ferner wird in naher Zukunft eine Auseinandersetzung um die Höhe der Gebühren anstehen. Spätestens sobald die Hochschulen autonom über sie entscheiden dürfen, wird die Uni Göttingen versuchen ihrem Elitestatus gerechtzuwerden und die Beiträge erhöhen. Nur durch breiten Widerstand können wir das verhindern.

Also: Zeigt Verantwortung und wehrt Euch gegen die Kommerzialisierung des Studiums!

5 Das Bachelor-Studium

Die zweite große Veränderung, die den Hochschulen in den letzten zehn Jahren aufgezwungen worden ist, ist die Abschaffung der traditionellen Diplom-/Magisterstudiengänge zugunsten des Bachelor-/Mastersystems. Dieser Vorgang wird Bologna-Prozeß genannt, nach der italienischen Stadt, in der 1999 die Kultusminister der europäischen Staaten eine unverbindliche Erklärung

abgaben, einen gemeinsamen «international wettbewerbsfähigen Hochschulraum» schaffen zu wollen.

Wichtigster Teil des Bachelor/Masterstudiums ist die Teilung des Studiums in einen «undergraduate» (Bachelor) und einen «graduate» (Master) Abschluß, die nacheinander erworben werden müssen. Der Bachelor als berufsqualifizie-

⁴Wir beziehen uns hier auf das in der 18. Sozialerhebung der Deutschen Studentenwerke festgestellte studentische Durchschnittseinkommen.

render Hochschulabschluß, der in drei Jahren erworben wird, soll dabei für Studenten zur Regel werden, während der Masterstudiengang nur den besten Bachelorabsolventen vorbehalten werden soll.

Das Bachelorsystem ist dabei allerdings keineswegs neuentwickelt. Sechsemestrige, berufsbezogene Studiengänge gab es schon lange an deutschen Fachhochschulen. Durch die Einführung des BAs werden die Universitäten mit verheerenden Folgen zu Fachhochschulen umgewandelt werden.

Die Verkürzung der Regelstudienzeit geht einher mit einer stärkeren Reglementierung und Kontrolle der Studierenden. Das Studium wird aufgeteilt in eine Handvoll Module, in denen jeder Student mindestens eine Prüfungsleistung abliefern muß, für die er benotet wird. Die Noten, die er in den einzelnen Modulen erringt, sind entscheidend für die Endnote.

Die Arbeitsleistung eines Studenten («student workload») wird in sogenannten ECTS-Credits gemessen und buchhalterisch festgehalten. ECTS steht für «European Credit Transfer and Accumulation System» und stammt ursprünglich aus dem Erasmusprogramm. Für jede erfolgreich besuchte Veranstaltung erhält ein Student eine bestimmte Anzahl an Credits, die den durchschnittlichen Arbeitsaufwand dokumentieren: ein Credit steht für ca. 30 Stunden studentischer Arbeit, die sich gliedert in den Besuch der Vorlesungen, die private Nachbereitung des Stoffes und die Prüfungen. Pro Jahr soll jeder Student 1800 Arbeitsstunden ableisten, also 60 Credits erarbeiten.

Dieses Kredittransfer (und -anhäufungs) system soll die Vergleichbarkeit des Lernaufwandes an verschiedenen Universitäten herstellen und so den Studenten einen einfachen Wechsel zwischen verschiedenen Hochschulen im gesamten europäischen Bildungsraum ermöglichen. Diese größere Mobilität ist eine der Hauptintentionen des Bolognaprozesses.

In der Realität läßt sich jedoch keine Erhöhung der Auslandssemester bei Bachelorstudenten feststellen.⁵ Es ist auch nicht davon auszugehen, daß sich hier Grundlegendes ändert, da Auslandsaufenthalte immer noch eine Frage des

Geldbeutels sind und im Allgemeinen die Studiendauer erhöhen - was wiederum eine finanzielle Belastung bedeutet.

Faktisch bedeutet die Einführung des BA/MA-Systems eine Verkürzung der Regelstudienzeit und ein Qualitätsverlust des Studiums. Der durchschnittliche Bachelorabsolvent wird schlechter qualifiziert sein, als der Absolvent eines Diplomstudienganges. An erster Stelle wird die Position der Studenten auf dem Arbeitsmarkt geschwächt. Niedrigere Einstiegsgehälter und geringere Karrierechancen werden die Folge der Umstrukturierung sein.

Durch die vorgeschriebene routinierte Lernkontrolle mittels Klausuren, wird ein ständiger Leistungsdruck auf die Studenten ausgeübt und instrumentalisiert, der zu psychischen Schäden führt⁶ und nachhaltig die Einstellung der Studierenden zu ihrem Fach und dem gelernten «Stoff» prägt. Auswendiglernen standardisierter Phrasen und wird in den Vordergrund treten, Interesse an Forschung und Wissenschaft beschädigt.

Die soziale Situation der Studierenden wird entgegen allen Behauptungen noch einmal verschärft. Zwar werden die Kosten für ein Studium durch die Verringerung der Studienzeit zunächst einmal reduziert, aber diese Reduktion wird zum einen durch die Gebühren wieder erhöht und zum anderen sind von der gleichzeitigen Erhöhung der Arbeitsbelastung gerade diejenigen betroffen, die während des Studiums einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen. Zügig «durchstudieren» kann nur, wer einen freien Kopf hat und nicht noch zusätzlichen Belastungen, wie einer frühen Familiengründung, ausgesetzt ist.

Die Übergangsquote vom Bachelor zum Master wird einer der Angelpunkte der künftigen Auseinandersetzungen werden. Die Ministerien streben im Allgemeinen eine Durchlassquote von 20 Prozent an, d.h. vier Fünfteln der Bachelorstudenten soll ein vollständiges Studium verwehrt bleiben.

Auch wenn man zunächst eine derart krasse Regelung verhindern kann, ist anzunehmen, daß die Quote mit der Zeit an die erwünschte angepasst wird. Wahrscheinlich ist, daß die Durch-

⁵vgl. auch die Studie des HIS: http://www.his.de/publikation/seminar/Forum_Pruefungsverwaltung_032008/02_HISForumPV_08_Mobilitaet_Ausland.pdf

⁶vgl. u.A. die Studie der Techniker Krankenkasse: https://www.tk-online.de/centaurus/generator/tk-online.de//b01_bestellungen_downloads/z99_downloads_bilder/pdf/gesund-studieren.property=Data.pdf

laßschraube in Zukunft als Kontrollinstrument dient, einmal die Zahl der Masterstudenten an die Anforderungen der Wirtschaft anzupassen, aber auch die Studenten im Falle politischer Konflikte unter Druck zu setzen zu können.

Eine weitere ernstzunehmende Gefahr besteht darin, daß, wenn der Bachelor zum Regelabschluß werden sollte, das Masterstudium als Fortbildungsmaßnahmen für schon Berufstätige mißbraucht wird. Schon jetzt werden unter dem Deckmantel des Masters immer mehr auf den Bedarf der (Groß-)Industrie zugeschnittene Studiengänge angeboten: «callcenter management», «Kulturmarketing», «Leitung und Kommunikationsmanagement» oder «Bildungsmanagement» sind nur einige Beispiele. Für besagte Studienangebote werden dann auch zusätzliche Gebühren von bis zu 10.000 Euro erhoben, so daß sie für reguläre Studierende nicht zu bezahlen sind.

Dahinter steckt das Kalkül, daß geringer qualifizierte Bachelorstudenten weniger kosten und (aufgrund der verkürzten Schul- und Studienzeit) früher zur Verfügung stehen. Später not-

wendige Spezialisierungen können dann im Rahmen der von den Universitäten zur Verfügung gestellten Fortbildungsangeboten als Teilzeitstudium berufsbegleitend erworben werden. Das dahinterstehende Konzept des «lebenslangen Lernens» wurde von den Betriebswirtschaftlern entwickelt und soll die zeitgemäße Antwort auf die rasante Entwicklung in den Wissenschaften und der Technologie sein.

Der Name erinnert nicht umsonst an die «lebenslange Freiheitsstrafe», denn tatsächlich geht es hier nicht um selbstbestimmtes Lernen, also Lernen aus eigener Motivation und nach eigener Gestaltung, das übrigens nachgewiesenermaßen effektiver ist, sondern um einen lebenslangen Zwang, sich stereotypen Prozeduren der Wissensaneignung, Abfrage (Klausuren, mündliche Tests), Bewertung und Zertifizierung auszusetzen.

Die Hochschulen werden auf diese Art zu Dienstleistern für die Industrie degradiert. In Wirklichkeit stehen nicht die Studenten im Vordergrund der neuen Servicekultur, sondern die Partikularinteressen der Privatwirtschaft.

6 Elitedenken und marktorientierte Wissenschaftsverwaltung – die Uni von morgen

Die Göttinger Georg-August Universität errang 2007 in der von Bund und Ländern betriebenen Exzellenzinitiative den Titel «Eliteuni». Bereits seit der Reform des niedersächsischen Hochschulrahmengesetzes 2003 ist sie offiziell «Stiftungsuniversität», d.h. ihr Vermögen wird nicht mehr vom Staat, sondern durch einen Stiftungsrat fremdverwaltet. Im folgenden Artikel möchten wir kurz erläutern, was diese Entwicklung, die exemplarisch für die Hochschulen in Deutschland ist, bedeutet.

Ziel der Exzellenzinitiative ist es nicht bloß, die Forschung in Deutschland zu verbessern, sondern es sollen «Leuchttürme der Wissenschaften in Deutschland entstehen, die auch international ausstrahlen». Es geht also um die Umstrukturierung des Hochschulsektors.

Die Idee der Eliteunis ist dem amerikanischen, britischen und französischen System entnommen, Ländern, deren gesamte politische und wirtschaftliche Elite sich aus einer handvoll Hochschulen rekrutiert. Diese Exzellenzuniversitäten, wie

Yale, Princeton, Harvard oder Oxford, verfügen über ein unglaubliches Budget von vielen Milliarden Dollar/Pfund/Euro, das ihnen ermöglicht die «besten» Forscher anzuwerben (sobezeichneter «brain gain») und exzellent auszustatten.

Die 50 Millionen Euro, die die Exzellenzinitiative für eine jede der gekürten Exzellenzunis ausgibt, sind eher zu vernachlässigen gegenüber den ideologischen Auswirkungen, die die Förderung bewirkt.

Während bisher fast alle Unis in Deutschland Anspruch hatten, auch für ihre Forschungen adäquat ausgerüstet zu werden, werden die Mittel nun auf einige auserwählte Universitäten verteilt und damit die Unterschiede zwischen «schwachen» und «starken» Hochschulen erst geschaffen.

Kriterien für die Aufnahme in die Exzellenzförderung war nicht zuletzt das Drittmittelkommen der Universitäten. Als Drittmittel werden diejenigen Gelder bezeichnet, die von außeruniversitären Einrichtungen wie der «Deut-

schen Forschungsgemeinschaft» (DFG) oder von privaten Unternehmen) zur Verfügung gestellt werden.

Mit der Exzellenzinitiative wird also nicht nur in die Forschung intensiviert, sondern auch gleich die Form der gewünschten Zukunftsforschung festgelegt: Auftragsforschung für die Industrie.

Aber auch für die Studierenden wird diese verordnete Umkehr des deutschen Hochschulwesens Folgen haben, denn das alte Ideal der Massenuниверситät («Bildung für alle») ist mit dem neuen Elitestatus nicht zu vereinbaren. In diesem Sinne wird derzeit u.A. gefordert, die Studienplätze an den Exzellenzunis drastisch zu reduzieren. So kündigte der Präsident der Georg August Universität Kurt von Figura bereits an, die Zahl der Göttinger Studierenden um ein Drittel kürzen zu wollen.⁷ Mittels Instrumenten wie Numerus Clausus, Auswahlgesprächen, Tests und Motivations schreiben, in denen der Studienplatzbewerber eloquent sein Engagement zeigen soll, sollen die Universitäten jetzt selbst darüber entscheiden, wer bei ihnen studieren darf.

Die soziale Selektivität, die in Deutschland aufgrund des Dreiklassenschulsystems ohnehin schon sehr hoch ist, wird dadurch nocheinmal erhöht, wenn die Zulassung zum Studium vom Bestehen von Eingangstests und Aufnahmegesprächen abhängig gemacht wird. Gerade auch das adäquate Auftreten in einem Bewerbungsgespräch ist durch soziale Faktoren bestimmt: so lernen Kinder aus bürgerlichen Familien schon vom Kindesalter an, sich in Befragungssituationen zu behaupten, spielen Instrumente oder müssen im Familienkreis ihr Können präsentieren, Kinder aus Akademikerhaushalten verfügen bereits über viel mehr Wissen darüber, wie ein Studium aussieht und was für ein bestimmtes Studienfach relevant ist.

Das vielfach schon angewandte Motivations schreiben erweist sich hier als ein besonders hinterhältiges Instrument zur Wahrung der sozialen Ungleichheit. Unverblümt wird neben den

noch irgendwo objektiv verbürgten Schulleistungen der Eindruck, den ein Motivations schreiben auf den Prüfer macht, zum Aufnahmekriterium. Ein Motivations schreiben kann «pfiffig» sein, «von Charakter zeugen» oder amüsieren. Doch diese Geschmacksurteile sind keineswegs spontane Äußerungen auf intelligente Leistungen, sondern hochgradig sozial selektive Einordnungen und Klassifizierungen.

Ganz unkritisch gab der Geschäftsführer einer Fachhochschule zu bedenken, daß «bei der Auswahl von Studierenden bereits zu beachten [sei], dass diese bei entsprechendem beruflichen Erfolg nach Abschluss auch als ‚potenzielle Sponsoren‘ zu betrachten wären. Umso bedeutender sei die Frage, welche 20 man aus dem Bewerberpool von bis zu 500 für einen Studiengang wähle.»

Die Umfunktionierung der Hochschulen zu Kaderschmieden für die Wirtschaft geht Hand in Hand mit ihrer Privatisierung. Als eine der ersten Unis wurde die Georg-August Universität zur Stiftungsuni, d.h. sie wird nicht mehr vom Land, sondern von einer eigens gegründeten «Stiftung Universität Göttingen» verwaltet. Das Land Niedersachsen trägt die Grundfinanzierung der Stiftung und ernennt die Mitglieder des Stiftungsrates. Der Stiftungsrat der Uni Göttingen ernennt wiederum den Präsidenten der Universität und seine Stellvertreter, bewilligt den Haushaltsplan der Uni und übt die Rechtsaufsicht über die Uni aus.

Der Stiftungsrat besteht aus sieben Mitgliedern, davon ein Vertreter des Ministeriums, ein Vertreter der akademischen SV der Uni Göttingen sowie fünf «der Hochschule nicht angehörende Personen, vornehmlich aus Wirtschaft, Wissenschaft oder Kultur».

Damit wird die Unipolitik aus den Händen des Ministeriums und der akademischen SV genommen, die Universität also fremdbestimmt.

Ziel ist es, die sogenannte «unternehmerische Hochschule»⁸ zu etablieren. Gemeint ist, die Universitäten sollen nach betriebswirtschaftlichen Prinzipien von speziell (betriebswirtschaftlich) ge-

⁷vgl. Micheal Hartmann, Die Exzellenzinitiative - ein Paradigmenwechsel in der deutschen Hochschulpolitik, in: Leviathan 4/2006, S.447ff.

⁸Ein Schlagwort, das entscheidend durch das von der Bertelsmannstiftung finanzierte Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) geprägt wurde. Hinter der Bertelsmannstiftung und dem CHE verbirgt sich der Medienkonzern Bertelsmann, der, dank einer engen Verknüpfung zu Entscheidungsträgern und gezielte «Politikberatung», entscheidenden Einfluß auf die deutsche Politik ausübt. Wenn Ihr Euch genauer über die Aktivitäten von Bertelsmann informieren wollt, findet ihr auf den Seiten <http://www.antibertelsmann.de/> und <http://www.bertelsmannkritik.de/> weitergehende Informationen.

schultem Personal geführt werden.

Die Führung, gemeint: «Unternehmensführung», spielt im freien Wettbewerb eine große Rolle, denn nur straff organisierte Einheiten sind flexibel genug, um sich strategisch am Markt positionieren zu können. Zwar wird einerseits behauptet, eine größere Autonomie der Hochschulen sei geschaffen, aber diese Autonomie betrifft lediglich die Hochschulleitung, also den Stiftungsrat und das von ihm bestimmte Präsidium.

Wie das Management eines Unternehmens soll die Unileitung über die Strategie der Universität entscheiden und über die geeigneten Kontroll-

und Meßinstrumente⁹ verfügen, die zur Durchsetzung ihrer Politik notwendig ist. Die Hochschule wird als einheitlicher Block aufgefaßt, der einer eindeutigen, von oben verordneten Profilbildung und Schwerpunktsetzung bedarf, und gilt hier nicht als organischer Zusammenschluß unterschiedlicher, teilautonomer Fakultäten und Institute.

Diese Entwicklung läuft einher mit einer stärkeren Reglementierung der einzelnen Mitglieder der Universität, die die von der Hochschulleitung entworfene Strategie umsetzen müssen.

7 Warum wir einen politischen AStA brauchen

Die drastischen Kürzungen der finanziellen Mittel der Universitäten, die Einführung von Studiengebühren, als auch die Kürzung der Studienzeit und -qualität durch den Bachelor, zeigen einmal mehr, daß die Hochschulen keine von der Gesellschaft abgekoppelten Elfenbeintürme sind. Mit der Einführung des Bachelors sind in Göttingen ganze Fächer, wie z.B. die Allgemeinpädagogik, abgeschafft worden, und Studiengebühren von 500 Euro (mit Ankündigung kommender Erhöhungen) sind Realität.

Wer wie die ADF in solchen Situationen lediglich ein Transparent mit «Bitte keine Kürzungen an der GÖTTINGER Uni!» hochhält, aber es nicht wagt, gegen die dahinterstehenden gesellschaftlichen Vorgänge zu argumentieren und zu protestieren, wird kaum erwarten können, ernstgenommen zu werden. Man kann sich nicht sinnvoll gegen Studiengebühren und Kürzungen einsetzen, ohne den Landeshaushalt zu kommentieren.

Tatsächlich paßt sich derart eindimensionaler Protest, wie ihn die ADF betreibt¹⁰, noch in die Weltsicht der Befürworter der Reformen ein («Die Studenten sind doch nur gegen die Gebühren, weil sie jetzt etwas zahlen müssen.», «Wenn die Staatskassen leer sind, muß eben jeder auf seine Privilegien verzichten.» usf.). Konstruktive Kritik, d.h. das Aufzeigen von Änderungsmöglichkeiten und Alternativen,

wird hier nicht betrieben.

Die Gründe für die Veränderungen an der Hochschule können nur verstanden werden durch eine klare Analyse der politischen Vorgänge und Verhältnisse auch außerhalb der Uni. Die Frage, die wir uns stellen, ist: Was sind die gesellschaftlichen Umstände, die dazu führen, daß uns an der Uni der Hals zugeschnürt wird? Warum sitzen wir in überfüllten Seminaren und sind der Massenabfertigung durch (Multiple-Choice-)Klausuren und eLearning unterworfen?

Die Ursachen für unsere Probleme liegen außerhalb der Uni. Auch wenn der Unipräsident von Figura für Studiengebühren eintritt, hat er sich die Beschlüsse nicht ausgedacht.

Wer stupide «Mehr Mittel, mehr Geld» fordert, aber sich nicht traut, Stellung zu beziehen, wenn den Arbeitslosen die Gelder gestrichen werden, der kann vielleicht Transparente hochhalten, aber der soll bitte nicht mehr als studentische Vertretung den AStA stellen.

Letztendlich wird sich herausstellen, daß eine verkürzte Analyse und eine auf die Uni an sich begrenzte Kritik nicht zu einer Verbesserung unserer Situation führen können. Wer die Feststellung «Die Unis werden unterfinanziert.» legitim findet, den Gedankengang aber, «daß evtl. zu wenig Geld für die Hochschulen da ist, weil der völkerrechtswidrige Afghanistanfeldzug der NA-

⁹Für eine gesicherte Steuerung ist die Datenerhebung von großer Wichtigkeit, in diesem Zusammenhang ist auch die Einführung der RFID-Chipkarten zu sehen.

¹⁰Als Beispiel sei die AStA-Pressemitteilung vom 12.09.2008 genannt, in der die derzeitige AStA-Vorsitzende Silja Katharina Haufe angesichts des letzten OECD-Bildungsberichts die katastrophale Unterfinanzierung des deutschen Bildungssystems kritisiert. Derartige Protestnoten, dezent auf der AStA-homepage veröffentlicht und vlt. noch an einige Lokalzeitungen verschickt, sollen den Studierenden glauben machen, der AStA würde kritisch arbeiten.

TO zu viel kostet und Großkonzerne subventioniert werden» als illegitim denunziert, der nimmt der studentischen Politik jeglichen Handlungsspielraum – und macht sie überflüssig.

Die Interessen der Studenten enden nicht an der Campusgrenze!

Warum sollen StudentInnen, z.B. die Bios, sich nicht kritisch mit Fragen der Gentechnik oder des Klimawandels befassen, und sich dafür einsetzen das eine kritische Behandlung dieser Inhalte sich auch in den Lehrplänen niederschlägt. Fragt doch mal einen vom ADF, was los ist, wenn das Ozonloch direkt überm Stupa steht: Ob das dann Allgemein- oder Hochschulpolitik ist?

Warum sollen StudentInnen, z.B. die Physiker, sich nicht kritisch mit Fragen der Kernenergie befassen – oder sollen sie erst noch ein paar Jahre warten? Der nächste Super-Gau wird kommen. Wenn dann Strahlung auf den Menschen gemessen wird (so wie nach Tschernobyl) ist das dann ein Hochschulpolitisches oder Allgemeinpolitisches Problem? Warum sollen StudentInnen, z.B. Juristen, sich nicht mit den juristischen Aspekten der Atomkraft auseinandersetzen – es gab hier mal einen Lehrstuhl für Atomrecht.

Warum sollen sich StudentInnen, z.B. Mediziner, sich nicht mit der Bedeutung des derzeit ablaufenden Sozialabbaus im Gesundheitswesen auseinandersetzen?

Warum sollen StudentInnen, z.B. Sowis, Politikwissenschaftler oder Geschichtler, sich nicht mit Neofaschismus und rassistischen oder antisemitischen Tendenzen in der Gesellschaft auseinandersetzen dürfen?

Warum sollen sich, z.B. die Wiwis, nicht mit Kritik an der neoliberalen Lehrmeinung beschäftigen?

So unpolitisch die ADF sich auch immer darstellen möchte: die bewußte Ausblendung dieser Zusammenhänge ist ein politisches Programm.

Die ADF ist politisch, indem sie sagt,

– «Kürzungen sind in Ordnung, aber bloß nicht in Göttingen, lieber in Hannover.»

Politische Aussage: Gekürzt werden muß, weil wir unter anderem damit einverstanden sind, daß die Vermögenssteuer abgeschafft ist und weil wir uns nicht gegen die permanente Senkung des Spitzensteuersatzes positionieren wollen.

Die ADF ist politisch, wenn sie sagt,

–«Die Kürzungen im Sozialbereich gehen uns nichts an.»

Politische Aussage: Kürzt bei meiner Oma (RentnerInnen), bei den StudentInnen in Hannover oder in Vechta, bei meiner kleinen Schwester (Kindergartenplätze), bei meinem älteren Freund (arbeitsloser Akademiker).

Die ADF ist politisch, wenn sie sagt,

– «Es macht keinen Sinn, über politische Themen im StuPa zu reden, zu denen das StuPa keine Entscheidungskompetenz besitzt.»

Politische Aussage: Wir müssen stillschweigend akzeptieren, was uns vorgesetzt wird. Probleme, die nicht per StuPa-Beschluss zu lösen sind, sind irrelevant.

Gerade deswegen ist es wichtig, sich klar zu machen, daß man eine eindeutig unsoziale, ausgrenzende und damit implizit elitäre Einstellung unterstützt, wenn man ADF wählt.

Sicherlich hat das StuPa nicht dieselben Zuständigkeiten wie der deutsche Bundestag oder andere Parlamente und kann auch keine mißliebigen Gesetze abschaffen oder verändern. Daraus folgt aber nicht, daß es unnützlich wäre, im StuPa über Politik zu sprechen und sich zur gesellschaftlichen Lage zu äußern.

Schließlich würde auch niemand den Redaktionen von Tageszeitungen vorwerfen, warum sie sich denn mit Themen beschäftigten, zu denen sie doch gar kein Entscheidungsrecht hätten. Auf die Idee, daß auch sie, wie die Tageszeitungen, ein politisches Mandat wahrzunehmen haben, nämlich zur politischen Bildung der Studierendenschaft beizutragen und die demokratische Partizipation der Studierenden am gesellschaftlichen Diskurs zu fördern, kommen die VertreterInnen der ADF nicht.

Die Entpolitisierung der studentischen Vertretung, die der ADF seit Jahren systematisch betreibt, widerspricht dieser grundlegenden demokratischen Forderung, daß die verfaßte Studierendenschaft ihr politisches Mandat wahrnehmen soll.

Eine studentische Vertretung kann StudentInnen nur dann tatsächlich vertreten, wenn sie um die Uni herum nicht nur ein Vakuum sieht oder dieses ideologisch konstruiert.

Wenn diese Denkblockaden nicht aufgehoben werden, bleibt unser Protest stumpf und nutzlos, denn er wird nichts verändern können. Der eigentliche Angriffspunkt unserer Kritik liegt außerhalb der Uni. Um in diesem Feld angemessen agieren zu können brauchen wir das politische Mandat

für Fachgruppen, Fachschaften und AStA.

Forderungen und Vorschläge:

1. Die konsequente Wahrnehmung des politischen Mandats durch die verfasste Studierendenschaft. Wir brauchen einen AStA, der politisch handelt und auf lange Sicht gegen Kürzungen und Studiengebühren aktiv ist. Ein AStA unter Beteiligung der ADF kann nicht weiter akzeptiert

werden!

2. Die Bildung von inhaltlichen Arbeitsgruppen, die sich z.B. mit ökonomischen und sozialen Fragen beschäftigen.

3. Sucht offensiv die Diskussion mit Kommilitonen und macht ihnen klar, daß die Uni nicht in einem gesellschaftlichen Vakuum existiert.

8 Burschenschaften

Danke an die Basisgruppen Germanistik und KA/EE (Kulturanthropologie) für diesen Beitrag.

«Frei ist der Bursch!»¹¹, «Mit Gott für Volk und Vaterland»¹² oder «Für Ehr und Ar!»¹³ sind nur einige der Wahlsprüche von studentischen Verbindungen. Dabei fallen sofort die Worte Volk, Vaterland und Ehre auf, die uns ganz weit nach rechts blicken lassen. In Göttingen gibt es ca. 37 Verbindungen, die zumeist in herrschaftlichen Häusern residieren und sich durch die verschieden Fahnen mit den jeweiligen Verbindungsfarben unterscheiden lassen. Sie tragen Namen wie, Hannovera, Coburgia, Germania oder Corps Frisia.

Aber was sind eigentlich Verbindungen?

Verbindungen sind seit dem frühen 19. Jh. entstandene studentische Organisationen, die fast ausschließlich nur männliche Studenten aufnehmen. Durch ihre Mitgliedschaft gehen die Männer einen Lebensbund mit der Verbindung ein. Demnach bleiben sie auch nach Abschluss des Studiums als so genannte Alte Herren mit der Verbindung vereint und tragen durch finanzielle Unterstützung maßgeblich zu ihrem Erhalt bei. Die Häuser rühmen sich damit, jungen Studenten eine Gemeinschaft für immer zu geben, ihnen im Studium zu helfen und mit Hilfe der Alten Herren gute Einstiegschancen in die Berufswelt zu ermöglichen. Weiterhin wird auf den Homepages hervorgehoben, dass das Leben in den Verbindungshäusern sich vor allem durch die Traditionen und Grundwerte auszeichnet, die in ihnen vermittelt, ausgeübt und gepflegt werden.

Bevor wir näher auf die einzelnen Traditionen und Werte eingehen, müssen wir noch einen Blick auf die unterschiedlichen Verbindungstypen werfen, denn je nach Art der Verbindung weichen die

Traditionen etwas ab:

Unter Verbindungen faßt man Burschenschaften, Landsmannschaften, Turnerschaften, Sängerschaften, Katholische Studentenverbindungen und Corps zusammen. Diese Arten unterscheiden sich sowohl in der Ausprägung der Traditionen als auch in der politischen Ausprägung. Burschenschaften und Corps gelten gemeinhin als sehr reaktionär: in ihren Häusern ist die Mensur meist Pflicht. Der Unterschied zwischen den beiden Verbindungsarten stellt die politische Komponente dar: während Burschenschaften für eine konservative bis rechte politische Meinung öffentlich eintreten, bezeichnen sich Corps offiziell als unpolitisch, was aber nicht bedeutet, daß deren Mitglieder nicht trotzdem einen reaktionären Standpunkt vertreten. Turnerschaften oder Sängerschaften legen neben den üblichen Verbindungstraditionen jeweils Wert auf eine musikalische bzw. sportliche Erziehung ihrer Mitglieder. Katholische Studentenverbindungen sowie viele Sängers- und Turnerschaften sind nur noch fakultativ bzw. nicht schlagend. Der Ausschluß von Frauen basiert auf dem Ideal einer auf dem Männerbund aufgebauten Gesellschaft.

Werte. Neben diesen Traditionen sind es die Werte, die vor allem in den Verbindungen an ihre Mitglieder weitergegeben werden sollen.

Das Elitedenken spielt eine große Rolle. Den Verbindungsstudenten wird klar gemacht, daß sie durch ihre Mitgliedschaft der Elite der Studenten angehören. Dies drückt sich zum einen in den Machtpositionen der Alten Herren in Politik und Wirtschaft aus (die sie zum Teil ebenfalls mit Hil-

¹¹Königsberger B! Gothia

¹²Vdst zu Göttingen

¹³Agronomia Hallensis

fe Alter Herren erreichen konnten), die sich auch auf die Verbindung niederschlagen, zum anderen durch ihre Erziehung zu Disziplin, Unterordnung und Treue aus.

Desweiteren soll in Verbindungen das studentische Brauchtum gepflegt werden. Dabei geht es um die Pflege von Traditionen, wie das Fechten, die Mensur, das Tragen einer Uniform (Mütze und Schärpe), wodurch die bestehende Hierarchie gefestigt wird. Die Unterdrückung der eigenen Person, die totale Selbstbeherrschung drückt sich nach außen in der Bereitschaft zur Unterdrückung anderer aus. Der Einzelne ordnet sich dem Kollektiv unter. Bei allem gelten das deutsche Vaterland und das deutsche Volk als Bezugspunkte. Hierbei sehen die meisten Verbindungen das deutsche Volk als «eine menschliche Gemeinschaft, die durch gleiche Abstammung, gleiches geschichtliches Schicksal, gleiche Kultur und verwandtes Brauchtum, dieselbe Sprache und zusammenhängenden Siedlungsraum verbunden und ge-

prägt ist»¹⁴. Demnach ist nicht verwunderlich, wenn sich der «völkische Vaterlandsbegriff der DB [Deutsche Burschenschaft] nicht auf die Bundesrepublik Deutschland bezieht»¹⁵, sondern in den Ansichten der Burschenschaften (und vieler Verbindungen, wie an den Wahlsprüchen erkennbar ist!) durchaus revanchistische Ansprüche deutlich werden, d.h. der Sehnsucht nach Großdeutschland in den Grenzen vor 1945.

Burschenschaften und Verbindungen hängen einer nationalistischen, geschichtsrevisionistischen, sexistischen und autoritären Ideologie an. Es geht nicht darum irgendeine weltanschauliche Differenz zu tolerieren, sondern dem, was nicht mehr diskutierbar ist, entgegenzutreten! Burschenschaften keilen Nachwuchs bei den unterschiedlichsten Gelegenheiten: O-Phasen, Partys und bei der Wohnungssuche. Also seid kritisch und schaut euch die Wohnungsangebote genau an, bevor ihr jubelnd für 85 Euro zu Billardtisch und Köchin in ein Verbindungshaus einzieht!

Aus Platzgründen fehlt ein Überblick über die historische Entwicklung der Korporationen und ihre Rolle bei der Verbreitung und Durchsetzung antisemitischer und faschistischer Ideen im Nationalsozialismus. Einiges darüber und noch viel mehr kann in den verschiedenen Readern zum Thema Studentenverbindungen nachgelesen werden. Siehe dazu <http://www.fzs-online.org/article/64/de/> und den schon etwas älteren Reader des damaligen AStA Göttingen: «Klüngel, Corps und Kapital – Antifaschistische Recherche zur Ideologie und gesellschaftlichen Stellung studentischer Verbindungen» von 1995. Letzteren gibt's beispielsweise im Infoladen im JuzI. Der Reader «Werte, Wicks und Waffenbrüder» bietet auch einen guten Überblick über studentische Verbindungen. Dieser ist erhältlich z.B. im Roten Buchladen (Nicolaikirchhof 7) und liegt auch in der Mathecafete.

Weitere links:

www.bg-geschichte.de

www.nadir.org/nadir/archiv/Antifaschismus/Burschenschaften/verbindungen-kappen/artikel/04-sind-studentische-verbindungen-harmlos.htm

www.puk.de/gegenstrom/start/content/reader/reader-final.html

9 Chipkarten

«Unveränderliche Merkmale des Menschen werden zu Schlüsseln zu gesicherten Daten und Räumen. Die Türöffner der Zukunft sind biometrische Erkennungsmerkmale wie Fingerabdruck, Augen, Stimme, Gesicht und deren Kombination, auch in Verbindung mit elek-

tronischen und optischen Smartcards und Sicherheitslabeln. Neue Sensorverfahren helfen, die Sicherheitsschranken weiter zu erhöhen. Zusätzlich überwachen Kameras jeden Schritt auf Bahnhöfen, in Fußgängerzonen, Kaufhäusern und im Straßenverkehr. Mithilfe von komplexen Algo-

¹⁴Alexander Rimmel: Die Deutsche Burschenschaft. in Einblick in Positionen, Ziele und Verbindungen. In: Eliten und Untertanen, hrsg. vom AStA der Uni Hannover unter der Mitarbeit von Felix Schürmann, Hannover 2005, S.48

¹⁵Ebd., S. 49

¹⁶aus der Broschüre «Hightech-Strategie für Deutschland Sicherheitstechnologien» der Fraunhofer Gesellschaft, Seite 6.

rithmen können Gesichter schnell und zuverlässig gefunden werden.»¹⁶ Die Durchsetzung dieser Zukunftsvision der Fraunhofer-Gesellschaft, führende Organisation für militärisch-industrielle Auftragsforschung in Deutschland, wird derzeit von Politik und Wirtschaft vorbereitet: e-Pass, Gesundheitskarte, ELENA, etc. heißen die verschiedenen Projekte der Bundesregierung, die die zentrale, technische Erfassung, Speicherung und Verwaltung von Personendaten vorantreiben. Sie gehen einher mit einer Erhöhung der Kompetenzen der verschiedenen Polizei- und Verwaltungsbehörden (BKA-Gesetz), sowie einer Einschränkung von Bürgerrechten, bspw. durch das neue Versammlungsrecht in Bayern, u.a.B.

Die Rolle der Wissenschaft in diesem Kalkül ist es, Sicherheits- und Überwachungstechnologien zu entwickeln und zur Verfügung zu stellen. Sofern wir den Anspruch haben, «freie» und «unabhängige» Wissenschaft zu betreiben, müssen wir diese gesellschaftlichen Bestrebungen im Blick haben und Stellung beziehen.

Im folgenden werden wir anhand der RFID-Chipkarten, die in Göttingen und mittlerweile vielen anderen Universitäten eingeführt worden sind, den Zusammenhang zwischen Technologie und Wirtschaft darstellen.

Seit 2006 erhält jeder Student der Uni Göttingen eine RFID-Chipkarte als Studen-tenausweis und Semesterticket. Sie erscheint zunächst äußerst praktisch: Ausweis, Bahnticket, Bibliotheksausweis, Zugangsberechtigung für spezielle Gebäude (z.B. für die Physik) und Mensabezahlfunktion. Erst auf den zweiten Blick wird klar, daß für diese features noch lange kein hightech-Funkchip nötig ist. Der Bahnschaffner liest nicht den Chip aus, als Ausweis genügt ein aufgedrucktes Lichtbild, als Bibliotheksausweis und zur Mensabezahlung würde eine Magnetstreifenkarte ausreichen.

RFID bedeutet Radio Frequency Identification, es handelt sich also um eine Technologie zur Identifizierung mithilfe von Radiowellen. RFID-Chips bzw. Transponder sind günstig herstellbar und werden hauptsächlich in der Industrie eingesetzt, um die Logistik zu erleichtern: die Daten einer bestimmten, mit einem RFID-Chip versehenen Ware (wie Zielort, Besitzer, Hersteller) können jederzeit maschinell ausgelesen und

überprüft werden.

Ebenso wird auch der gutgläubige Student mit dem Funkchip in der Tasche markiert und seine Informationen wie Studienfach, Alter, Klausurergebnisse, Semesterzahl etc. können von versteckten Sensoren unbemerkt ausgelesen, und weitergeben werden. So kann problemlos gespeichert werden: Wer welche Menschen besucht und welche Gerichte er bevorzugt, wer welche Bibliotheken besucht und welche Bücher ausleiht, wer sich wann in welchen Räumen aufhält, ob die Anwesenheitspflicht in den Vorlesungen erfüllt wird usf. Darauf, wer Zugang auf diese Daten hat, und wie sie verwendet und gespeichert werden, hat der Student keinen Einfluß.

Auf diese Art und Weise wird das Datenschutzrecht, insbesondere das Recht auf informelle Selbstbestimmung ausgehöhlt. Prinzipiell gilt: sind Daten ersteinmal gesammelt und zentral gespeichert, so ist es dem Einzelnen nicht möglich herauszufinden, wer Zugriff auf sie hat, die Daten (evtl. auch illegal) weitergibt oder wer in Zukunft einmal über sie verfügt.

Die aktuellen Skandale um Bespitzelungen von Mitarbeitern und Privatpersonen bei der Telekom und Lidl geben eine Ahnung davon, welche Auswirkungen die Überwachung auch für vermeintlich unbescholtene Bürger hat. Es wird auch deutlich, daß es bei der Verwendung von gesammelten Daten nicht etwa nur um Sicherheit, Terrorabwehr oder harmlose Statistiken geht; die Daten werden eingesetzt, um demokratischen Widerstand zu erschweren und unter Druck zu setzen, - wie im Falle der Lidl-Betriebsräte.

Die Einführung der Chipkarte für Studierende wurde an der Uni Göttingen durch den Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik vorangetrieben und durchgetrieben, dessen Inhaber Prof. Matthias Schumann von 2000 bis 2006 Vizeunipräsident war.

Professor Schumann ist Vorsitzender eines von ihm gegründeten Unternehmens, der «Prof. Schumann GmbH»¹⁷. Die Prof. Schumann GmbH ist insbesondere im Kreditrisikomanagementgeschäft involviert und arbeitet für führende Kreditinstitute, wie für die Atradius Kreditversicherung AG, Barclays Industrie Leasing, Gothaer Credit Versicherung AG, R+V Versicherung und die Zürich Versicherung AG.

¹⁷Man bemerke, daß hier der Professorentitel offenbar zu Marketingzwecken benutzt wird.

Gerade im Kreditgeschäft kann man sehr gut beobachten, daß Kundendaten großen Wert für die Industrie besitzen. Mit Schufa, Creditreform und anderen privaten Auskunftsgesellschaften existiert hier ein ganzer Wirtschaftszweig der auf das systematische Sammeln von Informationen über das Zahlungsverhalten von Privatpersonen und den Weiterverkauf dieser Daten spezialisiert ist.

«Alle Daten aus dem Kreditmanagement werden auf einer Datenbank zentralisiert - nichts liegt näher als diese nun übergreifend und umfassend auszuwerten und als Kontroll- und Steuerungsinstrumente einzusetzen.» heißt es auf der website der Schumann-Firma (<http://www.prof-schumann.de/>).

Die Frage ist, ob es auch nicht der natürlich nächste Schritt ist, die gesammelten Daten der Studenten als Kontroll- und Steuerungsinstrumente einzusetzen, sei es, um herauszufinden, welches Mensaeß am besten angenommen wird und die Speisepläne entsprechend zu optimieren oder aber auch um die Zeit, die Studenten in Vorlesungen und Sprechstunden verbringen zu registrieren, um so die Attraktivität der Lehre in einem Studienfach zu messen (Lehrevaluation) und um den Studierenden die Zeit, in der sie den Dozenten in Anspruch nehmen, als zusätzliche Kosten anzurechnen. Letzteres ist keine Spielerei, sondern könnte Vorbereitung einer weiteren Kom-

merzialisierung des Studiums sein.

Beispiel: Bildungsgutscheine, in Deutschland als «Studienkonten» diskutiert, sehen vor, daß jeder Student ein sogenanntes Bildungsguthaben erhält, das er in seine persönliche Ausbildung investieren kann. Die Abrechnungseinheit sind die Semesterwochenstunden, die belegt werden. Wenn ein Student sein Guthaben aufgebraucht hat, muß er sich erst ein weiteres Guthaben einkaufen.

Damit wird der zusätzliche Besuch einer Lehrveranstaltung auf diese Weise zur Kostenfrage, ein Über-den-Tellerrand-Schauen erschwert. Ein Argument gegen das Studienkontenmodell war bisher immer die schwierige Durchführbarkeit, da selbst durch Anwesenheitslisten nicht gesichert sei, daß Studenten sich nicht trotzdem in Vorlesungen schmuggelten. Mithilfe von RFID-Chipkarten als Zugangsberechtigung kann ohne jeglichen Aufwand (abgesehen von der einmaligen Installation der Sensorsysteme) festgestellt werden, welche Vorlesungen von einem Student in Anspruch genommen werden.

RFID ist ein Instrument der politischen Kontrolle, auch wenn sie zunächst harmlos erscheinen mögen. Der Freiheitsverlust wird vielleicht nicht von einem Tag auf den anderen deutlich, sondern über Jahre hinweg etabliert.¹⁸

10 Datenleck an der Uni Göttingen

Mitte letzter Woche wurde bekannt, daß 26.000 Datensätze von Studenten der Göttinger Universität bereits monatelang frei im Internet zugänglich waren.¹⁹

Die Daten stammen von einem ungeschützten LDAP-Server der Uni Göttingen, der vom StudIT (ITService für Studierende)²⁰, der ehemaligen Internet-Hotline, verwaltet wird.

Laut Aussage der Veröffentlichung besteht das Leck schon seit einem halben Jahr. Obwohl die StudIT schon vor einem Monat informiert worden sei, ist nichts unternommen worden, um den Fehler zu beheben. Aus diesem Grund wurde das Problem an die Öffentlichkeit getragen.

Die Datensätze enthalten: Vor- und Nachnamen des jeweiligen Studenten, den Namen des Accounts (sowohl der älteren s-Accounts, als auch der neuen Accounts) und die dazugehörige Emailadresse.

Ferner sollen auch zeitweilig die Passwörter für das Prüfungsverwaltungssystem Flex-Now erhältlich gewesen sein.

Hintergrundinformationen: **GÖNET** heißt das Übertragungsnetz, das die Göttinger Institute untereinander und mit dem Internet verbindet. Zu ihm gehört u.A. auch **Goemobile**, das WLAN-netz über das sich Studierende mit ihrem Accounts ins Internet einloggen können.

¹⁸Weiterführend ist auch der Reader der Informatik Fachschaft TU Darmstadt zu empfehlen: <http://www.fachschaft.informatik.tu-darmstadt.de/chipkarte/Readerneu.pdf>

¹⁹Quelle: <http://netzpolitik.org/2008/datenleck-mit-26000-studentischen-datensaetzen-bei-bei-der-uni-goettingen/>

²⁰IT steht für Informationstechnologie.

GÖNET wird durch die **GWDG**, die Gesellschaft für Wissenschaftliche Datenverarbeitung mbH Göttingen der Uni Göttingen und der Max-Planck Gesellschaft, betreut. Die **StudIT** ist die Internet-Hotline, die für die Austeilung der Internetaccounts für Studierende und zuständig ist.

Noch im letzten Semester wurde ein von der gesamten Opposition unterstützter StuPa-Antrag der JuSos, der die Verteilung der Internetaccounts durch die StudIT betraf, von der ADF-Mehrheit im StuPa abgelehnt worden. Kritisiert worden war, daß die studentischen Internetaccounts und emailadressen (vorname.nachname-at-stud.uni-goettingen.de) zu transparent eingerichtet sind wer den namen eines Mittudierenden hat, kann problemlos den Accountnamen und die Emailadresse konstruieren.

Wie es um das Datenschutzbewußtsein des AStAs, der ja auch die studentischen Datenschutzbeauftragten stellt, steht, wird dadurch gezeigt, daß sie zur gleichen Zeit den Studienanfängern empfahl, sich auf der privaten Kontaktwebsite «StudiVZ» des Holtzbrinckverlages in eine Erstsemestergruppe einzutragen.

Darüber, daß das StudiVZ bereits seit längerer Zeit von Datenschützern kritisiert wird, informierte der AStA selbstverständlich nicht. So ist das StudiVZ höchst problematisch, da hier persönliche Angaben von Adressen, über Hobbies, Beziehungen etc. gesammelt und gespeichert werden. Auch private Bilder, die zu Hauf hier hochgeladen werden, dürfen zentral verwaltet und ausgewertet werden. Die gesammelten Nutzerinformationen sollen dazu dienen personalisierte Werbung zu erstellen, welche die Haupteinnahmequelle von StudiVZ ist.

Aber dienen nicht nur der Werbeindustrie, auch die Personalberater größerer Firmen pflegen schon jetzt im Internet nach Privatinformationen von Bewerbern zu recherchieren.

Auch staatliche Behörden können interessieren sich durchaus für leicht verfügbare Informationen. So freute sich der Geschäftsführer von StudiVZ Markus Riecke Anfang des Jahres im Spiegelinterview, daß StudiVZ bei Ermittlungsverfahren (bspw. wegen Drogenbesitzes) gespeicherte userdaten herausgeben darf.²¹

11 Politische Hochschulgruppen an der Uni Göttingen

Im folgenden Teil unseres Readers wollen wir einige der an der Uni aktiven, linken Politgruppen anhand ihrer Selbstdarstellungen vorstellen.

11.1 Basisdemokratisches Bündnis (BB)

Das Basisdemokratische Bündnis ist eine Gruppe, in der sich Einzelpersonen und diverse Basisgruppen und Fachgruppen zusammengefunden haben, um gemeinsam emanzipatorische Politik an der Uni voranzubringen. Aufgegangen in unserem Bündnis sind die ehemaligen Hochschulgruppen Basisgruppenliste, Bündnis gegen Studiengebühren und AK Gender. Neben Oppositionsarbeit im Studierendenparlament versuchen wir momentan den studentischen Protest gegen Studiengebühren, die Einführung von BA/MA, Umstrukturierungs- und Kürzungsmaßnahmen an der Uni voranzutreiben und mit Analysen und adäquater Theorie zu unterfüttern. Dabei geht es nicht nur darum, Abwehrkämpfe zu führen, sondern eine emanzipatorische Perspektive über die Universität und über das Jetzt hinaus zu entwickeln.

Entsprechend gilt es dafür den Blick auf die gesamte Gesellschaft zu richten, die für die Hochschule den gesellschaftlichen Rahmen darstellt und ohne die die Hochschule nicht verstanden werden kann. Ebenso verstehen wir uns selbst nicht in erster Linie nur als Studierende, sondern als Menschen, die real mit dieser Gesamtgesellschaft konfrontiert sind. Somit ist eine reine Hochschulpolitik undenkbar.

Thematisch bedeutet dies ein breites Feld von Studiengebühren bis Gesellschaftspolitik, von praktischem Antirassismus vor Ort bis zur Analyse vom aktuellen gesellschaftlichen Wandel, von der Kritik der Bildung und von Bildungsbegriffen über Widerstand gegen Sozialabbau bis zur Offenlegung

²¹vgl. <http://www.spiegel.de/netzwelt/web/0,1518,537622,00.html>

von Geschlechterhierarchien, der Sensibilisierung für Sexismus und der Kritik an patriarchalen und heteronormativen Strukturen.

Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20:00 Uhr vor dem Rosa-Luxemburg-Haus («AStA-Gebäude»), Goßlerstr. 16a. Aber: jeden ersten Donnerstag im Monat im Raum der Basisgruppe Ethno, Theaterstr. 14, Nebengebäude der Ethnologie, 1.Stock beim Finnisch-Ugrischen Seminar.

homepage: <http://www.bb-goettingen.de/> email: info@bb-goettingen.de

11.2 Schwarz-Rot Kollabs (srk)

unabhängig, linkspopulistisch, punkrock

Die unabhängige linkspopulistische Hochschulgruppe Göttingen: „Wir wollen gegen Studiengebühren, Naziaufmärsche und Rassismus kämpfen, aber auch Themen wie Bier, weiches Klopapier auf Uniklos, Fußball, Film- und Saufnächte solle nicht zu kurz kommen!“

Web: <http://www.schwarzrotkollabs.de/>

11.3 Grüne Hochschulgruppe (GHG)

Mit uns wird die Göttinger Universität wieder ...

... sozial

Wir fordern eine ehrlichere Regelung der Gebührenverwendung, die insbesondere die Realitäten des Kapazitäts- und Arbeitsrechts berücksichtigt und somit keine Augenwischerei betreibt.

Die GHG wird sich weiterhin grundsätzlich für die Abschaffung der unsozialen Studiengebühren einsetzen.

... ökologisch

Flächendeckende Rückkehr zu fair gehandeltem Kaffee in Mehrwegtassen anstatt Industriekaffee und Pappbechern.

Mit Einsatz von Energiesparmaßnahmen unnötigen Energieverbrauch stoppen (zum Beispiel durch die Verwendung von Energiesparlampen, Zeitschaltuhren, Bewegungsmeldern).

Auch in Zukunft sagen wir nein zu Castor-Transporten und ja zu einer schnelle Umstellung von Atom- auf Ökostrom.

Für all diese Ziele ist die Wiedereinführung des Öko-Referates unerlässlich.

... bunt

Mit den Mitteln des AStAs wird es uns möglich sein, einmal jährlich ein kulturelles, alternatives Sommerfest für die ganze Uni am Campus zu organisieren.

Selbstorganisiertes Lernen muss wieder stärker in den Mittelpunkt treten. Eine Open-Uni und die Unterstützung autonomer Seminare sind erste Schritte in die richtige Richtung.

Mit einem autonomen Gender-Referat beenden wir die Zeit, in der der AStA die Mehrheit der Studierendenschaft schlicht ignoriert.

Wir werden gegen den alltäglichen gesellschaftlichen Rassismus, der auch vorm Campus nicht halt macht, und gegen die universitäre Unterstützung von Burschenschaften mit ihren ausgrenzenden Herrschaftsstrukturen kämpfen.

... für alle StudierendeN

Aktive Arbeit für die Gleichstellung von Frauen und Männern steht bei uns solange auf der Tagesordnung, bis sie auch tatsächlich verwirklicht ist.

In den Gremien soll endlich Schluss mit einem präsidentenfreundlichen Kuschelkurs sein. Wir werden offensiv studentische Interessen vertreten.

Mit der GHG wird sich der Göttinger AStA in Zusammenschlüssen wie dem fzs (Freier Zusammenschluss von Studierenden) oder der LAK (Landes-ASten-Konferenz) wieder aktiver einbringen, um linke Positionen auch landesweit durchzusetzen.

Alle Organisationsprobleme der Zweifach-Bachelor-Studiengänge müssen von der Universität gelöst werden. Alle Kombinationsmöglichkeiten sollen grundsätzlich wählbar sein!

Die Umstellung auf Bachelor/ Master ist ungenügend. Die Unileitung und die Politik vernachlässigt weiterhin wichtige Punkte. Ein AStA muss da mehr eingreifen. Die vielen Probleme der Bachelor-Studenten sind nicht hinnehmbar.

All das hat der derzeitige AStA komplett verschlafen. Wir werden euch zeigen, dass mensch die umfangreichen AStA-Gelder nicht nur für eigene Spesen und Hochglanzdruck, sondern auch sinnvoll einsetzen kann.

Wir treffen uns jeden Montag gegen 20 Uhr im AStA-Sitzungssaal im Rosa-Luxemburg-Haus (AStA-Gebäude) in der Goßler Straße 16a.

website: <http://www.ghg-goettingen.de/> email: info@ghg-goettingen.de

11.4 JuSo Hochschulgruppe Göttingen (JuSo HSG)

Wir sind der Studierendenverband der Jusos und der SPD - in unserem Handeln aber unabhängig. Und das ist auch gut so! Wir machen eine linke Politik, ohne dabei den Sinn für die Realität zu verlieren.

In den verschiedenen Gremien der Universität vertreten wir Eure Interessen, u.a. im Studierendenparlament, auf Ebene der Fachschaften, im Studentenwerk und im Senat.

Mit unserer Publikation, der Rotation, begleiten wir nicht nur kritisch das Geschehen an der Uni, sondern wir greifen auch wichtige gesellschaftspolitische Themen auf. Darüber hinaus organisieren wir Diskussionsveranstaltungen, besuchen politische Kongresse und veranstalten eigene Partys.

Unser Engagement reicht auch über die Universität hinaus: Die JuSo-Hochschulgruppen sind auf Bundes und Landesebene miteinander vernetzt. Regelmäßig treffen wir uns zum Meinungsaustausch und nehmen gemeinsam Einfluß auf politische Entscheidungen.

Wir treffen uns jeden Donnerstag um 20:00 c.t. im AStA-Gebäude (Kreuzung Goßlerstraße/Kreuzberggring).

Komm doch einfach mal vorbei. Wir freuen uns auf Dich!

Informationsabende: Do, 30.10.08 und Do, 30.04.09 jeweils um 20 Uhr c.t. im AStA in der Goßlerstraße 16a.

homepage: <http://www.juso-hsg-goettingen.de/>

11.5 Arbeitsgemeinschaft demokratischer Fachschaftsmitglieder (ADF)

«Größe» hochschulpolitische Gruppe an der Uni, die derzeit den AStA in Koalition mit dem RCDS stellt. Wenn Ihr Euch über die Arbeit des ADF informieren wollt, findet Ihr Ihre homepage unter <http://www.wadenbeisser-online.de/>.

11.6 Ring Christlich demokratischer Studenten (RCDS)

Burschenschaftsnahe, explizit rechte und CDU-nahe Hochschulgruppe.

12 Kultur

1. Buchladen «Rote Straße»

Nikolaikirchhof 7, <http://www.roter-buchladen.de/>

Öffnungszeiten: Montag bis Freitag: 10.00 Uhr bis 18.30 Uhr Samstag: 10.00 Uhr bis 15.00 Uhr

Ein linkes Projekt, unabhängig und von einem engagierten Kollektiv betrieben. Das Sortiment umfasst aktuelle Literatur und Zeitschriften mit Schwerpunkt auf emanzipatorische Theorien und kritische Ansätzen. Darüberhinaus findest du Taschenbücher, Kinderbücher, Bildbände, Krimis, zahlreiche linke Zeitschriften und aktuelle Flugblätter, Pamphlete und Ankündigungen von politischen und kulturellen Initiativen.

Der rote Buchladen ist vom Matheinstitut aus schnell erreichbar - hier kann man auch zuverlässig wichtige Lehrbücher bestellen.

2. Jugendzentrum Innenstadt (Juzi)

Bürgerstr. 41 (gegenüber vom Matheinstitut), <http://www.juzi.de/>

Das Juzi wurde 1982 gegründet. Seit der Gründung musste es sich gegen Proteste von vielen Seiten behaupten. Es ist selbstverwaltet und bietet für eine Vielzahl von Aktivitäten Platz: es gibt Jugendcafes, politische Gruppen, Bands, Konzerte, Partys, Sportangebote, Bars, einen Umsonstladen, eine Tischlerei, eine Siebdruckerei, eine Bibliothek und ein Fotolabor.

Außerdem befindet sich im Juzi ein Infoladen. Es handelt sich dabei um ein Archiv mit linken Zeitschriften, Broschüren, Büchern, Videos und Presseordnern. Thematisch sortierte Literatur kann hier gelesen, kopiert und begrenzt auch ausgeliehen werden. Während der Infoladenzeiten (Di 19:30 - 21:00 und Do 16:00 bis 18:00) ist auch das Cafe des Juzis geöffnet.

Jeden Dienstag um 20 Uhr findet hier eine Vokü (Volksküche) statt, hier kann man leckere vegane Gerichte in netter Gesellschaft essen.

3. Weltladen Göttingen

Nikolaistraße 10, <http://www.weltladen-goettingen.de/>

Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do und Fr 10:00 - 18:00; Sa 10:00 - 14:00

Der Arbeitskreis Solidarische Welt und der Weltladen Göttingen existieren seit über 30 Jahren. Wir verkaufen Kaffee, Textilien und andere Produkte aus gerechterem Handel und informieren in Veranstaltungen und Radiobeiträgen über entwicklungspolitische Themen.

Die Ursprünge der Weltladen-Bewegung gehen zurück in die 60er Jahre. Damals wurde vielen Menschen bewußt, daß der Import von Kolonialwaren mit brutaler Ausbeutung verbunden ist. Neben verschiedenen Boykottaktionen entstand damals auch die Idee eines alternativen Handels mit Produktionsgenossenschaften in Lateinamerika, Afrika und Asien; die «Aktion Dritte Welt Handel» wurde gegründet.

4. Kulturzentrum Geismarlandstraße 19

T-Keller bzw. Theaterkeller, geöffnet ab 20 Uhr, <http://www.theaterkeller.de.tf/>

Der T-Keller wird von einem Kollektiv betrieben. Er bietet Platz und Raum für nichtkommerzielle Events, politische Auseinandersetzungen und gemeinsamen Spaß. Seit 40 Jahren pflegt der Theaterkeller die tägliche Subversion und Subkultur gegen den gängigen Mainstream.

In letzter Zeit wurde die Veranstaltungsaktivität wesentlich stärker, eine Vielzahl von Musikveranstaltungen, Lesungen, Informations- und Diskussionsveranstaltungen haben stattgefunden.

Kabale – <http://www.myspace.com/kabalekabale/>

Auch das Kabale wird seit 15 Jahren von einem Kollektiv getragen. Es ist Cafe, Kneipe, Bar, Raum für Veranstaltungen, z.B. Casino-Abend, Motto-Parties, Roter Salon. Dienstags abends ist nur für Frauen geöffnet. Jeden Sonntag gibt es Frühstück. Ansonsten gibt es Essen und Kuchen.

Lumiere – <http://www.lumiere.de/>

Das Lumiere versteht sich als Alternative zum Kommerzkinos und zeigt künstlerisch herausragende Filme und Filmreihen, Diskussionen mit Regisseuren, Kulturfeste, Vorträge, Ausstellungen sind fester Bestandteil des Programms. Regelmäßige Stummfilmvorführungen mit Live-Klavierbegleitung bringen Filmklassiker auf die Leinwand. Höhepunkt der Programmarbeit sind jährlich zwei Festivals. Im Oktober findet das Kinderfilmfest statt, der November gehört traditionell den Europäischen Länderfilmtagen, die seit 1981 jeweils der Filmkultur eines europäischen Landes oder einer europäischen Region gewidmet sind.

5. **KAZ (Göttinger Kommunikations- und Aktionszentrum)** am Wochenmarkt / Hospitalstr. – <http://www.kaz-goettingen.de/>

Das KAZ ist das Kulturzentrum in der Innenstadt, das seit 1976 existiert. Im KAZ proben und arbeiten über 40 Gruppen und Initiativen mit rund 400 Mitgliedern aus den verschiedensten kulturellen Sparten: Tanz, Theater, Musik, Gestalten und Gesundheit. Träger ist der KAZ e.V., ein gemeinnütziger Verein mit basisdemokratischer Selbstverwaltung.

Aus: www.goest.de und den Homepages, wie oben aufgeführt; zusammengestellt von der Basisgruppe KA/EE.

13 Freiraum-Cafe «Autonomicum»

Nachdem Verhandlungen um einen selbst organisierten Raum mit der Uni-Leitung lange Zeit erfolglos blieben, besetzten im Januar Studierende den Raum MZG1140 im ZHG. Nach zwei Wochen ständig starkem Betrieb mit teilweise über 50 Menschen zeigte die Uni-Leitung Härte und ließ den Raum polizeilich räumen. Als die Proteste mit einer Spontandemo und weiteren Aktionen weiter liefen, lenkte die Uni-Leitung schließlich ein und erklärte sich bereit, einen anderen Raum zur Verfügung zu stellen.

Nun ist es so weit: Nach längerem Hin und Her über die Modalitäten des Nutzungsvertrages konnte der Raum am 27. Juni, 2 Monate später als vereinbart, endlich bezogen werden. Der ca. 60 m² große Raum befindet sich jetzt in der Hand aller Nutzer_innen und kann von allen Interessierten gestaltet und genutzt werden. Er wurde vom Nutzer_innenplenum Autonomicum getauft. In gemütlicher Atmosphäre kann dort jede_r einen Kaffee auf Spendenbasis genießen, zusammen lernen, plaudern oder einfach nur herumsitzen. Das Autonomicum befindet sich im Erdgeschoß des Blauen Turms hinter dem Hausmeister-Häuschen links (hinter den Kopierern). Noch ist nicht alles fertig eingerichtet, jede_r, der möchte, kann sich daran beteiligen.

Die Nutzer_innen laden außerdem zum (vorerst) wöchentlichen offenen Nutzer_innen-Plenum jeden Freitag um 16 Uhr im Raum ein. Dort können Fragen zu Organisation, Einrichtung und Umgang miteinander im Raum diskutiert werden. Die Auseinandersetzungen um den Raum und das Ergebnis zeigen einmal mehr, daß politische Kämpfe durchaus in der Lage sind, die Bedingungen zu verändern. Ein gezieltes Übertreten von Regeln und ein bewußter Einsatz militanter Praxis konnten recht schnell Bewegung in einen Prozeß bringen, der auf dem regelkonformen Verhandlungsweg sich keinen Millimeter zu bewegen schien.

Wer also im alltäglichen Streß mal einen Ruhepunkt braucht, die_der findet dort einen selbstorganisierten Ort.

Kommt doch einfach mal vorbei!

14 Termine

07.10. - ab 22:00 Phil.Fak. O-Phasen-Party (juzi - Bürgerstr. 41)

10.10 - ab 22:00 Antirepressionsparty im juzi

10.10. - ab 19:30 Vorführung des Films «Land and Freedom», der vom spanischen Bürgerkrieg handelt (Autonomicum -Freiraum-Café im Erdgeschoß des blauen Turms, Platz der Göttinger Sieben 5)

15.10 - ab 19:30 ein Vortrag zum Thema «Energiekonzerne enteignen» (Autonomicum)

16.10. - 20:00 Uhr, «Welcome to the Machine» politischer Infoabend für Erstsemester, organisiert von den Basisgruppen und dem BB (Autonomicum)

17.10. - Soliparty für das Cafe Cabale im Juzi

20.10. - alternativer Fahrrad-Stadtrundgang (Fahrraddemo), Treffpunkt ist voraussichtlich am Zentralcampus

04.11. - Filmvorführung zum Uni-Streik 1987 um 20 Uhr im Autonomicum, Freiraum-Cafe

11.11. - «Psychiatrie in Göttingen in der NS-Zeit» Stadtrundgang organisiert von der Geschichtswerkstatt Göttingen e.V., Start 15 Uhr an der Rottunde der SUB am Zentralcampus

14.1 Interessante Seminare im Wintersemester 08/09

1. Freies Seminar zum Thema **Datenschutz – zwischen Freiheit, Sicherheit und Privatwirtschaft**

Die Veranstaltung soll 14-tägig am Montag um 18:00 bis 20:30 im Verfügungsgebäude am Zentralcampus (Platz der Göttinger Sieben) im Raum VG 3.102 stattfinden. Eine Vorbesprechung ist für Montag, den 20.10.2008, um 18 Uhr ebendort angesetzt.

Das Seminar ist studentisch organisiert, d.h. es werden keine CreditPoints oder Seminarscheine vergeben werden. Stattdessen gibt es die Möglichkeit, ohne Bewertungsdruck mit anderen Interessierten wissenschaftlich zu arbeiten.

Bei Fragen und Anregungen schreibt an: freies_Seminar_goettingen@gmx.de

2. Autonomes, studentisch organisiertes Seminar zum Thema **Studierendenprotest und Hochschulreform**. Das Seminar findet donnerstags von 16:15 bis 17:45 im Verfügungsgebäude Raum VG 2.103 statt.